

Problematisches Beziehungsdreieck

Über Politik, Medien und den Krieg am Balkan Von Wolfgang Petritsch

Als der Fotoreporter des *New York Journal* seiner Redaktion mitteilte, dass er mangels kriegerischer Ereignisse beabsichtige, Kuba zu verlassen, telegraphierte ihm sein Herausgeber: „Bitte bleiben Sie. Sorgen Sie für die Bilder. Ich Sorge für den Krieg.“ Man schrieb das Jahr 1898, der spanisch-amerikanische Krieg war gerade in einer Flaute und der Name des Verlegers war William Randolph Hearst.

Diese Episode – ob wahr oder nur gut erfunden sei dahingestellt – ist eines von vielen Beispielen, das Mira Beham in ihrem Buch *Kriegstrommeln* zur Illustration des allzeit problematischen Beziehungsdreiecks Medien-Politik-Krieg anführt.

Heute, mehr als hundert Jahre nach dem bilderarmen Konflikt um Kuba, ist das Grundmuster internationaler Krisenkommunikation nicht wesentlich anders. Die globale Vermittlung von Geschehnissen in Echtzeit – bei zunehmender Skepsis gegenüber der fotografischen Wirklichkeit des Wirklichen – hat jedoch dem lokalen Journalismus eine neue, gleichsam universelle Rolle des Konkreten zugeschrieben. Fernsehen vor allem, gewiss auch das Radio, die jeweilige regionale Kronzeitung, sind die vermittelnden Autoritäten unserer Zeit. Sie formen Meinungen, schaffen (Vor-)Urteile, bestimmen den öffentlichen Diskurs und prägen die (zumeist negative) Qualität politischer Konflikte. Nirgendwo ist das in jüngerer Vergangenheit in Europa deutlicher geworden als im angeblich immer schon „kriegerischen Balkan“. US-Korrespondenten vom Schlage des eingangs erwähnten Hearst-Fotografen haben das Ihre dazu beigetragen. „Ancient hatreds“ ist selbst auf Englisch verständlicher als eine abwägende Beschreibung unübersichtlicher gesellschaftlicher und ökonomischer Widersprüche.

Freilich sind sie, die internationalen Berichtersteller, nicht eigentlich verantwortlich zu machen für die jugoslawische Tragödie. Das wäre eine grobe Verdrehung der Fakten. Daher ist auch Peter Handkes wütenden poetischen Generalisierungen ebenso zu widersprechen wie der billigen Formel, wonach alle

am Konflikt Beteiligten gleichermaßen „Schuld“ tragen. Im Übrigen waren es gerade War Correspondents – jedenfalls die Besten unter ihnen –, die Aufmerksamkeit und Aufklärung über die Gräueltaten dieses Krieges am Balkan als Erste thematisiert haben.

Die journalistische Mitverantwortung aber tragen jedenfalls ihre örtlichen Kollegen, die gewissenlosen Trommler im Dienste der Kriegsparteien. Die Akronyme der TV-Stationen und Radiosender, die ethno-nationalistischen Pamphlete, Zeitungen und Wochenblätter, die Namen der Informationsdirektoren, Herausgeber, Chefredakteure, Journalisten, die dem Krieg der Bürger Jugoslawiens seine dubiose Rechtfertigung zugeliefert haben, sind heute weitgehend vergessen. Zu Unrecht, wie ich meine. Denn der bizarre Verlauf des Jugoslawienkonfliktes bleibt ohne Analyse der Medienökonomie des Konfliktes und – genauer – ohne Benennung der journalistischen Mittäter unverständlich und geradezu unfassbar. Das Kapitel Krieg am Balkan kann ohne systematische Analyse der Mitverantwortung der Medien und seiner Hintermänner und -frauen nicht abgeschlossen werden.

Diese Überlegungen sind mir damals, zu Ende der 1990er-Jahre, als ich die Verantwortung für den zivilen Wiederaufbau in Bosnien und Herzegowina übernommen habe, durch den Kopf gegangen. Neben dem notwendigen Aufbau eines modernen Gemeinwesens durch Schaffung entsprechender institutioneller Strukturen in Verwaltung, Justiz, Sicherheit und Wirtschaft schien mir von Anfang an eine umfassende Restrukturierung der bosnischen Medienlandschaft – insbesondere der einflussreichen Staatsmedien – Voraussetzung für das Gelingen dieses internationalen Experimentes, genannt Humanitäre Intervention, zu sein. Dass uns mithilfe erfahrener BBC-Journalisten schließlich eine kleine Medienrevolution im einst partei-staatlichen Fernsehen und Radio gelungen ist, ging nicht ohne heftige Kontroversen mit den politischen Machträgern –

aller couleurs – ab. Bemerkenswert war jedoch der US-Widerstand gegen ein adäquat finanziertes öffentlich-rechtliches System. Public Broadcasting scheint nachgerade unvereinbar mit der amerikanischen Ideologie des Kommerziellen; daher gilt ihre Zuneigung und Unterstützung den zahlreichen Soap-Opera-Kanälen in Bosnien und anderswo am Balkan. Die Schaffung einer Public-Service-Einrichtung zur Stützung des Projektes eines multiethnischen demokratischen Bosnien und als Vehikel zur Versöhnung der einstigen Bürgerkriegsparteien genießt bloß laue amerikanische Unterstützung. Keine leichte Aufgabe für die europäischen Helfer, wie sich bald herausstellen sollte.

Doch das war nicht das einzige Hindernis. Als 2001 die demokratischen Reformparteien in Bosnien und Herzegowina erstmals seit dem Frieden von Dayton 1995 gegen die nationalistischen Parteien die Mehrheit erringen konnten, wollten sie in bewährter Manier (und auch in Österreich nicht unbekannt) umgehend in die medialen Toppositionen einrücken.

Dies zu verhindern, die Regeln und Aufgaben der öffentlichen Medien kritisch zu thematisieren, war schließlich mit Hilfe der wenigen professionell und auf hohem journalistischen Niveau und weltweitem arbeitenden privaten Medien gelungen. Es ist daher wenig überraschend, dass die Initiative zum ersten grenzüberschreitenden Radionetzwerk im ehemaligen Jugoslawien vom Belgrader Sender „B 92“ ausgegangen ist.

Auch im Bereich der schon länger privatisierten Printmedien gehen im ex-jugoslawischen Raum die stärksten demokratischen Impulse von relativ kleinen unabhängigen Medien aus. Der Boulevard ist wie überall reaktionär und überdies zunehmend im deutschen und österreichischen Besitz. Das aber ist eine andere Geschichte ... und führt uns zurück an den Anfang meiner Betrachtungen. Ohne fortgesetzte zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Förderung des privaten Qualitätsjournalismus aber werden die Kriegstrommeln am Balkan noch lange nachhallen. ■



„Keine Verhandlung – Selbstbestimmung“, das steht an einer Hauswand in Prishtina, Hauptstadt des Kosovo. Derzeit verhandelt die UNO über den zukünftigen Status der Provinz. Die Kosovaren hoffen auf Unabhängigkeit. Foto: EPA

Plan B existiert nicht

Es gibt keine Alternative zur Unabhängigkeit des Kosovo Von Albert Rohan

Nach mehr als einem Jahr intensiver Verhandlungen zwischen Delegationen aus Belgrad und Prishtina ist die Zeit für eine Entscheidung über den künftigen Status des Kosovo gekommen. Eines haben die insgesamt 17 Wiener Gesprächsrunden in aller Klarheit gezeigt: Der Wunsch nach einer von beiden Seiten akzeptierten Lösung wird leider nicht in Erfüllung gehen. Weder ist Serbien bereit, von seinem Souveränitätsanspruch über Kosovo abzugehen, noch werden die Kosovaren auf die Unabhängigkeit ihres Landes verzichten. Zusätzliche Verhandlungen würden diese Realität ebenso wenig ändern wie ein weiterer Aufschub der Entscheidung.

Der Lösungsvorschlag des UNO-Sonderbeauftragten Ahtisaari sieht eine international überwachte Unabhängigkeit des Kosovo vor sowie umfassende Maßnahmen zugunsten der serbischen Minderheit (5 Prozent der Gesamtbevölkerung). Großzügige Gemeinschaftsrechte, eine Selbstverwaltung auf Gemeindeebene und Vorkehrungen zum Schutz der serbisch-orthodoxen Kirche sollen den Verbleib der ser-

bischen Volksgruppe im Kosovo sicherstellen. Ähnlich weit gehende Minderheitenrechte, von denen auch die kleineren Volksgruppen (Roma, Bosniaken, Türken, Ashkali, Gorani) profitieren werden, gibt es in keinem anderen Land der Welt.

Die Umsetzung der erwähnten Maßnahmen soll durch eine internationale Zivilpräsenz unter EU-Ägide überwacht und wenn nötig erzwungen werden. Im Unterschied zur derzeitigen UNO-Mission sind mit Ausnahme gewisser Aufgaben im Justizbereich keine exekutiven Funktionen vorgesehen. Das seit acht Jahren bestehende UNO-Protoktorat über den Kosovo wird damit beendet. Eine internationale Militärmision unter Führung der Nato soll die Sicherheitskräfte des Kosovo bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützen. Beide Missionen sind von der internationalen Gemeinschaft zu beenden, sobald die Situation dies zulässt.

Dieser Vorschlag ist ein sorgfältiger Kompromiss, der gemeinsam mit Experten von EU, Europarat, Weltbank, Nato und einzelner interessierter Staaten ausgearbeitet wurde und die

volle Unterstützung von Generalsekretär Ban Ki-moon genießt. Er berücksichtigt die besondere Geschichte des Konflikts, die Situation vor Ort, aber auch die Richtlinien, auf die sich die „Kontaktgruppe“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland, USA) geeinigt hat. Etwa, dass eine Teilung des Kosovo nicht infrage kommt, ebenso wenig wie eine Union mit einem anderen Land oder dass die Lösung für die Bevölkerung des Kosovo annehmbar sein muss.

Die manchmal als Argument gegen die Unabhängigkeit des Kosovo angeführte Präzedenzwirkung für andere Konflikte ist aus verschiedenen Gründen nicht stichhaltig. Es gibt keine Situation, die mit jener im Kosovo auch nur im Entferntesten vergleichbar ist. Die systematische Unterdrückung der kosovarischen Mehrheitsbevölkerung durch das Milošević-Regime, einschließlich der Vertreibungsaktion des Jahres 1998, die internationale Militär-Intervention zur Beendigung der humanitären Katastrophe sowie die Errichtung ei-

ner interimistischen UNO-Verwaltung bis zur Festlegung des künftigen Status sind nur einige der Faktoren, die in ihrer Gemeinsamkeit nirgendwo anders anzutreffen sind. Im Übrigen erfordert jede Konfliktlösung eine neuerliche Beschlussfassung des Sicherheitsrates, so dass eine automatische Präzedenzwirkung schon aus diesem Grund ausgeschlossen ist.

Die Verantwortung für die weitere Entwicklung im Kosovo liegt nunmehr bei den Mitgliedern des Sicherheitsrates. Zusätzliche Verhandlungen wären sinnlos. Weiteres Zuwarten würde ebenfalls keinerlei Fortschritte bringen, sondern im Gegenteil eine gefährliche Destabilisierung des Kosovo und damit der gesamten Region auslösen. Das Gleiche gilt für ein negatives Votum im Sicherheitsrat. Es würde Entwicklungen außerhalb der Vereinten Nationen in Gang setzen und damit zu einer neuerlichen Schwächung der UNO führen. Plan B gibt es keinen. Das Gebot der Stunde ist daher die Annahme des Vorschlags des UNO-Sonderbeauftragten durch den Sicherheitsrat, und zwar so rasch wie möglich. ■